Reise nach Berlin, die seine Todesreise wurde, war die erste, die ihn zu den Arbeiten des Parlaments fahren sollte.

Lang und klanglos wurde die Zolldiätenvorlage in dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung gegen unsere Stimmen, die der beiden freisinnigen Gruppen und die der Antisemiten angenommen. Das Eisenbahnunglück wirkte auch insofern noch auf die Sitzung ein, als der zweite Gegenstand, die Militärdienstleistung der deutschen Kolonisten in den Schutztruppen, von der Tagesordnung abgesetzt werden mußte, weil der nationalliberale Abg. Fr. Hahn, der einen Antrag zu dieser Vorlage stellen wollte, sich in dem verunglückten Zuge befunden hatte und telegraphisch um Verschiebung der Angelegenheit ersuchte.

Dann wurde die zweite Beratung des Toleranzantrages zu Ende geführt. Unsere Fraktion hatte ihren Antrag auf Fortfall des Religionsunterrichts in allen, der allgemeinen Erziehung dienenden öffentlichen Schulen präziser gefaßt. In trefflicher Rede verteidigte ihn Bebel, von Kunert unterstützt, gegen die Angriffe des nationalliberalen Abg. Dr. Hieber, der die Beseitigung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen als eine Förderung der Intoleranz und der Religionsfeindlichkeit verdächtigen wollte! Auch die ammenhafte Mentorschaft des Herrn Richter galt es abzuwehren, der unserer Fraktion Vorschriften darüber machen wollte, wen sie als Redner und wie sie ihre Redner vorschicken hatte. Das Ergebnis der Abstimmung war die Annahme der Kommissionsfassung. Unser Antrag wurde abgelehnt, aber auch der Antrag Schrader, der eine kleine Verbesserung des Kommissionsbeschlusses darstellte, wurde abgelehnt, aus Konvenienz für das Zentrum stimmten selbst Herr Richter und die Leute gegen diesen freisinnigen Antrag! Abgelehnt wurde noch ein Antrag der Polen, der in Hinblick auf die Vorgänge in Preußen den Kindern den Religionsunterricht in der Schule in der Muttersprache sichern wollte.

Endlich wurde noch mit der ersten Beratung der Zuckerkonvention und der Novelle zum Zuckersteuergesetz begonnen. Der Reichskanzler, der mit dem Handelsminister Möller, dem Schatzsekretär und dem Staatssekretär des Auswärtigen zu dieser großen Aktion erschienen war, leitete die Vorlage mit einer langeren Rede ein, in der er vor Rechten einige Schmeicheleien sagte, um seinen Widerstand zu brechen. Seine Bemühungen waren aber vergeblich. Die Rechte hatte es offenbar auf Verschleppung abgesehen, sie hält eine besonders gründliche Durchberatung der Vorlage in einer Kommission für nötig, damit Deutschland auch nicht rechtzeitig der Brüsseler Konvention anschließen kann. Ebenso wie der freisinnige Abg. Wiemer deckte auch der Redner unserer Fraktion, Genosse Wurm, dies Manöver auf. Die Debatte wurde auf morgen vertagt. Genosse Wurm hatte in seiner Rede bereits darauf hingewiesen, daß die einzige Möglichkeit, die Rechte zur Annahme der Zuckersteuervorlage zu zwingen, darin bestehe, die Schnapsbrenner und die Annahme der Branntweinsteuervorlage warten zu lassen. Wie richtig diese Taktik war, zeigte der Schluß der Sitzung. Die Branntweinsinteressenten hatten durch einen plumpen Vorstoß den Präsidenten zu zwingen, die Branntweinsteuernovelle bereits auf die Tagesordnung für Dienstag zu setzen. Die Linke protestierte und nach einer heftigen Geschäftsordnungsdebatte bezweifelte Richter die Beschlußfähigkeit des Hauses. Ein Teil der Rechten verließ den Saal und die Rechte, das Zentrum und die Nationalliberalen konnten von sich aus keine Mehrheit stellen. Das Haus war beschlußunfähig und so blieb es beim Vorschlag des Präsidenten. Der Versuch, die Branntweinsteuernovelle zu verewigen, war gescheitert. Nach diesen Vorgängen ist anzunehmen, daß das Haus eher in die Pfingstferien gehen wird, als noch vor kurzem angenommen wurde.

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Mai. Im preußischen Abgeordnetenhause gab es am Montag eine wichtige Erörterung über das Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen. Den Anlaß dazu bot eine Petition des Landesvereins preußischer Volksschullehrerinnen, die um Abänderung des preußischen Vereinsgesetzes und Zulassung von Frauen zu politischen Vereinen nachsuchten. Die Petition war in der Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt worden. Vom freisinnigen Abg. Dr. Krieger-Königsberg war aber der Antrag gestellt worden, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Herr Dr. Krieger leitete die Besprechung mit der Begründung seines Antrags ein. Er wies darauf hin, daß der Wortlaut des Vereinsgesetzes die Frauen mit den Lehrlingen auf eine Stufe stelle, d. h. sie für unmündig erkläre. Die Beteiligung der Frauen am politischen Leben sei durch die moderne Entwickelung notwendig geworden. Man müsse mit der Erweiterung der Frauenrechte schrittweise vorgehen, das Endziel bleibe eine völlige Gleichstellung der Frauen mit den Männern. Herr Dr. Krieger ging dann auf die Erklärung des Ministers von Hammerstein ein, wonach den Frauen in einem besonderen Teile des Saales das Zuhören der politischen Versammlungen gestattet sein soll. Der freisinnige Redner bezeichnete mit Recht dieses „Entgegenkommen“ des Ministers als nicht weit genug gehend und meinte, ähnliche Bestimmungen existierten heute eigentlich nur noch für den Ritus in den Synagogen.

Der nationalliberale Abg. Dr. Sattler sprach sich in ähnlichem Sinne aus, während der Zentrumsabgeordnete Willebrand sich nicht entschließen zu können erklärte, dem Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung entgegenzutreten.

Nun nahm der Minister des Innern, Herr v. Hammerstein, das Wort. Er gab zunächst seine prinzipielle Stellung zur Frauenfrage zum besten. Daß er unreaktionär denkt und den Frauen jedwede politische Betätigung verwehren will, ist bei einem preußischen Polizeiminister nicht weiter verwunderlich. Viel merkwürdiger waren seine Ausführungen über die von ihm angeordnete praktische Anwendung oder Auslegung des preußischen Vereins- und Versammlungsrechts. Hier war Bülowsche Schule zu bemerken: ein Gemisch von Konzessionen an die modernen Zeitverhältnisse und Konzessionen an die junkerlichen Reaktionäre auf der Rechten der Landratskammer. Er wiederholte, daß den Frauen, wenn sie in einem besonderen Segment des Saales als Zuhörerinnen in politischen Vereinsversammlungen Platz nehmen, nichts in den Weg gelegt werden solle. Er hat eine für die ganze Monarchie geltende Verordnung in diesem Sinne erlassen und es sollen die Vereine der verschiedenen politischen Richtungen gleichbehandelt werden. Erfreulich und als ehrlich anzuerkennen war das Geständnis, daß bisher die Opposition besonders die Sozialdemokratie von der Polizei ungünstiger behandelt worden ist, als andere Parteien von „milderer Tonart“. Der Minister kommt zu seiner Anordnung nur mit Hilfe einer recht künstlichen Auslegung des preußischen Vereinsgesetzes. Deshalb bleibe bedauerlich, daß die Regierung sich nicht zu einer gründlichen Revision des Vereinsgesetzes verstehen will. Freilich käme sie mit einer solchen Revision bei den Junkern schön an, das war deutlich aus der Rede des schlesischen Junkers v. Heydebrand zu ersehen, dem offensichtlich die mildere Praxis des Ministers schon zu weit geht. Auch Herr v. Heereman, der Zentrumsführer, hielt eine sehr rückständige Rede. Von freisinniger Seite sprachen noch Dr. Max Hirsch und Dr. Müller-Sagan.

Die Mehrheit lehnte ab, die Petition der Regierung zur Erwägung oder zur Berücksichtigung zu überweisen, sondern erledigte sie durch Uebergang zur Tagesordnung.

— Im preußischen Herrenhause feierte am Montag Graf Mirbach den ersten Kanzler als den starken Mann und setzte seine Nachfolger nach Möglichkeit herab. Besonders gab er wieder seinem Hasse gegen Caprivi Ausdruck. Der edle Graf findet, daß es immer schlechter in der Welt wird. Das schlimmste ist, daß der Zolltarif nicht fertig wird und daß der schlechte Besuch des Reichstags nun auch schon zu dem Gedanken geführt habe, den Abgeordneten Diäten zu gewähren. Diäten braucht der Fideikommißbesitzer nicht und im Herrenhaus will er sie nur unter der Bedingung einführen, **daß das geheime Wahlrecht beseitigt werde.**

Auch der Reichstag findet in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung keine Gnade vor den Augen des blaublütigen Staatsstreichlers. Seit er die Vorlage zum Schutz der Arbeitswilligen in die Grube geworfen hat, sei nichts mehr mit ihm anzufangen. Zum Schluß machte Graf Mirbach den dummschlauen Versuch, das Zentrum für seine Pläne zu gewinnen. Er wies auf die Gefahr für das Zentrum hin, die rheinischen Wahlkreise an die Sozialdemokratie zu verlieren. Unter Anrufung der Hilfe Gottes schrie er nach dem starken Mann, der die radikalen Elemente niederhalten und der schwankenden Politik ein Ende machen solle.

Diese Rede rief eine außerordentlich schwächliche Erwiderung des Ministers v. Rheinbaben hervor. Dem dreisten Angriff auf ein Grundrecht des deutschen Volkes hatte er nur das formale Bedenken gegenüberzustellen, daß Angelegenheiten des Reiches im preußischen Herrenhause nicht besprochen werden dürften! Und bald darauf desavouierte ihn sein Kollege v. Podbielski durch eine Rede über den Zoll auf Gerbstoffe, eine Angelegenheit, die die Zolltarifkommission beschäftigt und worin er seinem agrarischen Herzen Luft machte und durchschimmern ließ, daß der Bundesrat nicht so agrarisch sei wie er. Aus dem Haus sprach nur der Breslauer Oberbürgermeister Bender ein paar schwächliche Worte gegen den Grafen Mirbach.

— Eugen Richter freut sich, seinen Lesern mitteilen zu können, daß der „Schwindel der Lübecker Prinzenkandidatur“ von einem Journalisten ausging, der gar nicht Mitglied des freisinnigen Vereins in Lübeck ist, sondern nur als Gast in der Versammlung anwesend war. Der Herr ist Chefredakteur der Lückecker Nachrichten. — Hm! aber die Freisinnigen, die den Vorschlag auf die Tagesordnung ihrer nächsten Generalversammlung setzten?

Die Düsseldorfer Zollopposition im Zentrum ist bereits so stark, daß sie der Parteileitung das Feld im ganzen Wahlkreis streitig zu machen sucht. Dieser Tage haben die Düsseldorfer Zentrumsarbeiter die ersten beiden Versammlungen abgehalten. Sie haben betont, daß es im Zentrum stets Sitte gewesen sei, in wirtschaftlichen Fragen auf die verschiedensten Interessen Rücksicht zu nehmen. Ein Abgeordneter, dessen Wahl so stark von Arbeiterstimmen abhänge, wie es im Wahlkreise Düsseldorf der Fall sei, habe zu fragen, wie die Arbeiter über die Zölle dächten. Hätte er dies getan, so würde er erfahren haben, daß die Arbeiter gegen die Zölle seien, und daß auch die kleinen Bauern im Landkreise Düsseldorf alles andere eher als Getreide zu Markt brächten. Im ganzen Wahlkreise Düsseldorf hätten noch nicht 200 Wähler von höheren Getreidezöllen Nutzen. Man erinnerte auch die Parteileitung an die alte Tradition, die sich in der Partei stets gegen indirekte Steuern und Zölle auf Lebensmittel seit den Zeiten des Freiherrn v. Ketteler erhalten habe. Noch bei der letzten Flottenvorlage hätte die gesamte Zentrumspresse den Gedanken einer schärferen Besteuerung der Lebensmittel oder einer weiteren Erhöhung der Getreidezölle mit Entrüstung abgewiesen, und damals hätte man noch eine gute Konjunktur gehabt. Bei der jetzigen Krise, die durch die Aussicht auf ungünstige Handelsverträge nur verlängert würde, sei nicht der geringste Anlaß vorhanden, in das Lager der Agrarier abzuschwenken.

Je dümmer, je besser! Ein grelles Schlaglicht auf den Stand des ländlichen Volksschulwesens in Mecklenburg werfen die neu erlassenen Regulative für die Sommerschulen im Domanium. Darin ist die Unterrichtszeit nach § 1 auf vier Stunden festgesetzt. Mittwoch und Sonnabend auf drei. Die Schulzeit kann aber noch bedeutend herabgesetzt werden. Nach § 7 brauchen Kinder, welche die Diensterlaubnis (zwecks agrarischer Kindertron) haben, nur acht Stunden wöchentlich unterrichtet zu werden, die auf drei Tage zu verteilen sind, und zwar Religion vier Stunden(!), Deutsch und Rechnen je zwei Stunden.(!) Alles andere ist offenbar nach Ansicht der Schulbehörde für die junger Mecklenburger unnötiger Ballast. Zu den vier Religionsstunden kommen noch jeden Sonntag 1—2 Stunden kirchliche Kinderlehre, die nicht versäumt werden dürfen, sonst wird die Diensterlaubnis entzogen.

Der Krosigk-Prozeß soll nun wirklich beendigt sein. Es wird gemeldet:

Berlin, 5. Mai. Von militärischer Seite ist nunmehr, wie nach der Welt am Montag feststeht, auf eine Revision des Urteils von Marten und Hickel verzichtet worden. Man weiß immer mehr zu der Ansicht, daß die Untersuchung betreffs des eigentlichen Mörders Krosigks von vorn herein in falsche Bahnen gelenkt wurde. Das Eingreifen der Berliner Polizei erwies sich nicht als förderlich. Man verzichtet vor der Hand auf weitere Nachforschungen; wenn in dieser Beziehung indes noch irgend etwas geschieht, wird man sich zunächst mit den privaten Verhältnissen und Beziehungen von Krosigks eingehend befassen.

Belgien.

Für den Generalstreik. Der Peuple, unser Brüsseler Parteiorgan, schrieb dieser Tage:

Seit einigen Tagen wälzt sich die klerikale Presse die Galle mit einem Artikel des Vorwärts. Man weiß, daß die deutschen Sozialdemokraten einem Generalstreik stets feindlich gegenüberstanden und diesen stets als ein mangelhaftes politisches Mittel bezeichnet haben. Der Vorwärts erklärt auch jetzt wieder, daß es ein Fehler ist, zum Generalstreik zu greifen, fügt aber hinzu, daß es schwierig ist, die Ereignisse von der Ferne aus zu beurteilen. Und darum sind die Reaktionäre außer sich vor Freude. Wir bedauern aber, ihre Freude stören zu müssen, denn wir erklären es gerade heraus, daß wir auch nicht die geringste Absicht haben, auf die mächtige Waffe des Generalstreiks zu verzichten. Im Gegenteil. Den deutschen Sozialisten sagen wir, daß die Lage der Arbeiterparteien in den einzelnen Ländern verschieden ist, und demzufolge muß auch die Taktik differieren. Wenn der Generalstreik in einem ausgedehnten Lande, wie Deutschland oder Frankreich schwierig oder gar unmöglich ist, so ist er dagegen ausführbar ja sogar leicht zu organisieren in einem kleinen, industriellen, dichtbevölkerten Lande wie Belgien. Die letzten Ereignisse haben diese Thatsache klar bewiesen. Ist es vielleicht wunderbar, im Zeitraume von nur drei Wochen 350 000 Streikende, auf ein einfaches Wort hin, ohne jede Vorbereitung, auf die Beine zu bringen? Die belgische Arbeiterklasse ist plötzlich zum Bewußtsein ihrer Stärke gekommen, die sie bis dahin nicht gekannt hatte. Trotz der Prahlereien der klerikalen Presse hat die Bourgeoisie und die Regierung einen Schlag bekommen, dem sie sich nicht oft mehr aussetzen werden. Darum wird der Generalstreik eines unserer Aktionsmittel bleiben. Aber wenn wir ihn nochmals entfesseln, wird er vorbereitet sein und zwar von weiter Hand her, die Kassen der Gewerkschaften werden nicht leer sein, die Arbeiter werden Munition haben und werden es länger als nur einige Tage aushalten können. Wir sind weder abgeschlachtet noch entmutigt; mit uns ist man noch nicht fertig. Wir besitzen noch die Mittel, unsern Feind zittern zu lassen, und das nächste Mal werden wir ihn an seiner einzigen verwundbaren Stelle treffen: seinem Geldschrank.

Frankreich.

Die Regierung gegen die Arbeiterbewegung. Der Arbeitsbörsenbund für Frankreich und die Kolonien (ein gewerkschaftlicher Verband) versandte an die Soldaten in den Kasernen ein Rundschreiben, das sie beschwor, bei Ausständen und Zusammenstößen mit dem Volke niemals auf die Arbeiter zu schießen, und sie einlud, an den Versammlungen in den Arbeiterbörsen teilzunehmen, die unpolitische Feste sind. Kriegsminister Andrée richtet nun an den Pariser Militärgouverneur einen Erlaß, der die Verteilung dieser Rundschreiben in der Kaserne streng verbietet. Genosse Deleante hat den Minister darauf benachrichtigt, daß er von ihm Rechenschaft verlangen werde und fügte hinzu: „Warum verbieten Sie ihnen (den Soldaten) denn nicht den Besuch der katholischen Vereine, die Mittelpunkte der leidenschaftlichsten Werbethätigkeit der schlimmsten Feinde der Republik und Anhänger des Staatsstreichs sind?“

Holland.

Die Leiden der bedauernswerten Wilhelmina sind nach bürgerlicher Auffassung etwas Hochpolitisches und Interessantes, weshalb über ihren Zustand eine Masse von Bulletins ausgegeben werden. Es stellen daraus fest, daß durch die künstliche Fehlgeburt die Hoffnung der holländischen Patrioten auf einen Thronfolger vorläufig wieder vernichtet wurde, sowie daß die Aerzte eine kleine Besserung im Befinden der Königin feststellen.

Rußland.

Die Bauernunruhen. Im Kreise Tjukalinsk des Gouvernements Tomsk haben die Bauern, da ihnen staatliche Getreidevorräte unter dem einfachen Hinweise verweigert wurden, daß keine Not herrsche, die Getreidemagazine erbrochen und die Vorräte geraubt. Die ihnen in den Weg tretenden Polizisten wurden getötet. In vielen Dörfern herrscht ein derartiger Hunger, daß die Leute zu Hunderten sterben, bis die Verzweiflung sie zur Auflehnung trieb. Da ein erst kürzlich erschienener amtlicher Artikel die Bedürfnisse des Notstandes im Gouvernement Tomsk als befriedigt bezeichnete, so ist das dafür bestimmte Getreide wohl in andere Taschen gewandert.

Die am Montag erschienene Gesetzsammlung veröffentlicht die Proklamierung des Standrechts in fünf Kreisen des Gouvernements Poltawa.

Dementie. Die russische Telegraphenagentur dementiert heute die auch von uns wiedergegebenen Meldungen des Kopenhagener Korrespondenten. Sie hat bekanntlich auch die Attentate auf hohe Beamte geleugnet, bis eines erfolgreich war!

„Es sieht gar nicht so aus, als ob außer Ihnen heute noch jemand kommen würde,“ bemerkte der Leiter und rückte dabei seinen Stuhl ein bißchen näher an den Polly heran.

„Ich glaube auch nicht,“ erwiderte das schöne Mädchen.

Wieder entstand eine zwei bis drei Minuten andauernde Pause, die Polly sagte:

„Ich war gestern nachmittag im Viktoria Park; ich weiß nicht, ob ich recht daran getan habe, am heiligen Sabbat dorthin zu gehen. Sie spielten weltliche Lieder und sprachen über alles mögliche. Auch sah ich ein paar Kinder tanzen.“

„Und weshalb gingen Sie dorthin?“ fragte der Klassenleiter.

„Joe wollte gern.“

„Wer ist Joe?“

„Der Mann, den ich heiraten soll.“

Die Oberlippe des Klassenleiters zitterte ein wenig. Er schloß Mr. Augustus Hodes Büchlein, sah Polly an und sagte zu ihr:

„Ich wußte noch nicht, daß Sie sich schon verheiraten wollen.“

„Ob, wir können jetzt noch nicht heiraten,“ erzählte ihm Polly. „Joe hat noch keine Arbeit gefunden. Er gehört auch zur Hochkirche.“

„Zur Hochkirche bekennt er sich?“

„Ja.“

„Leute, die sich zur Kirche bekennen, sind in der Ausführung ihrer Religion nicht halb so streng, als wir Methodisten es sind.“

„Deshalb hatte ich gestern zu Joe. Er ist in den Anschauungen der Kirche, in der auch seine Mutter gehorte, auferzogen worden.“

„Wo haben Sie ihn kennen gelernt?“

„Er kam vom Lande zu uns als Vieter. Jetzt hat er aber eine andere Wohnung bezogen, weil er keine Arbeit hat und nicht mehr so viel zahlen kann. So sagt er wenigstens. Aber Mutter meint“ — Polly zögerte — „Mutter meint, er solle nicht mehr mit mir gehen.“

Der Klassenleiter rückte seinen Stuhl noch näher an Polly heran

„Ich möchte Mutter nicht gern ärgern,“ fuhr das Mädchen fort. „Sie will nicht mehr haben, daß Joe noch zu uns in die Wohnung kommt. Ich wünsche nur, daß er bald Arbeit finden möchte. Mutter sagt immer, wenn junge Leute nicht faul sind, finden sie massenhaft Arbeit.“

„Was für ein Handwerk hat er gelernt?“

„Er ist Zimmermann.“

„Das ist ein gutes Gewerbe.“

„Er erzählt, Hunderte von Zimmerleuten seien jetzt außer Arbeit und dabei Leute, die früher Meister gewesen sind. Er meint, die Fremden arbeiten so billig, daß er keine Aussichten hat. Auch behauptet er, daß die Zimmerleute von außerhalb das Geschäft nicht so gut verstehen, wie die hiesigen. Sie sind an solch große Täcker nicht gewöhnt, und auch solche Fensterverzierungen wie hier hat er da unten nicht gemacht.“

„Weshalb ist er denn nach London gekommen?“

„Die Arbeit wurde da unten, wo er war, knapp, und deswegen wurde er entlassen.“

„Ich glaube das nicht,“ entgegnete mit leiser Stimme der Klassenleiter. „Es klingt nicht wahrscheinlich. Seit meiner Jugend bin ich immer in der Münze gewesen, und wenn man mich von dort entließe, würde das nicht ohne guten Grund geschehen. Um nichts würde man mich dort nicht wegschicken.“

„Das sagt Mutter auch,“ bestätigte Polly. „Mutter sagt, sie' nal Herrn William Ford, er hat Arbeit und er wird nicht entlassen werden. Mutter denkt, Joe war faul, oder es hatte sonst was mit ihm. Sie hat kein gutes Wort für ihn.“

Bevor der Leiter hierauf noch antworten konnte, öffnete sich die Thür und ein anderes Mitglied seiner Klasse zeigte sich auf der Schwelle. Alles, was er noch sagen konnte, war:

„Sie sollten Ihrer Mutter folgen“ und: „Wenn ich Sie wäre, würde ich am heiligen Sabbat nicht mehr nach dem Viktoria-Park gehen.“

„Lasset uns beten,“ fuhr er dann fort, nachdem der unpünktliche Besucher sich neben Polly gesetzt hatte.

Nach dem Gebet fand die Erbauungsstunde in der üblichen Weise statt, und als die drei sich trennten, dachte Polly auf ihrem Nachhausewege bei sich: „Was für ein gottesfürchtiger Mann ist doch mein Klassenleiter.“ (Fortsetzung folgt.)